

Solidaritätserklärung mit unseren Kolleg*innen der Frauen- und Geschlechterforschung in der Türkei

Hiermit erklären wir öffentlich unsere Solidarität mit den bedrohten Kolleg*innen. Wir fordern die türkische Regierung auf, zu einem rechtsstaatlichen Verständnis einer pluralistischen Demokratie zurückzufinden, Bedingungen für die freie Entfaltung von Forschung und Lehre (wieder)herzustellen.

In Folge des Putschversuchs und der Einführung der Notstandsverordnung im Sommer 2016 wurden hunderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Türkei ihrer Leitungspositionen enthoben, vom Dienst suspendiert, entlassen oder sogar inhaftiert. Bereits zuvor waren insbesondere die Unterzeichner*innen des Aufrufs der Akademiker*innen für den Frieden (*Bariş İçin Akademisyenler*) von staatlicher Repression betroffen.

Auch auf unsere Kooperationspartnerinnen an den Universitäten Istanbul und Ankara, mit denen wir in den an der Universität Bremen angesiedelten Forschungsprojekten zu „Frauenbewegungen in der Türkei“ und zur „Universitären Frauen- und Geschlechterforschung in der Türkei“ zusammenarbeiten, sind diesem massiven Druck ausgesetzt, wurden ihrer Ämter enthoben oder zur frühzeitigen Verrentung gedrängt. Die staatliche Forschungsförderung TÜBİTAK scheint Projektfinanzierungen nur noch denjenigen zu gewähren, die sich nicht regierungskritisch äußern.

Auch über diese persönlichen Kontakte erleben wir unmittelbar, dass von einer Freiheit der Wissenschaft in der Türkei – insbesondere auch in den Bereichen der Frauen- und Geschlechterforschung – keine Rede mehr sein kann.

Über Programme wie die Philipp-Schwarz-Initiative der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Drittmittelprojekte und universitätsinterne Förderprogramme des internationalen Austausches sowie Vernetzung mit anderen Kolleg*innen, die sich für verfolgte Wissenschaftler*innen aus der Türkei einsetzen, ist es uns ein Anliegen, so vielen von Ihnen wie möglich eine Fortsetzung ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu ermöglichen und unseren wissenschaftlichen Austausch lebendig zu erhalten.

Als Frauen- und Geschlechterforscher*innen betrachten wir den 8. März – Internationalen Frauentag 2017 als richtigen Anlass, auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen und unsere unter rechtsstaatlich gesicherten, freien Lehr- und Forschungsbedingungen arbeitenden Kolleg*innen aufzufordern, sich uns in diesem Anliegen und diesen Aktivitäten anzuschließen.

Yasemin Karakasoglu, Charlotte Binder, Münevver Azizoglu Bazan